



127/2013

Kiel, 13. November 2013

Landesbeauftragter bemängelt Umsetzung der schulischen Inklusion

Kiel (SHL) – Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung, Ulrich Hase, fordert von der Landesregierung mehr Anstrengung bei der schulischen Inklusion. „Wir müssen aufpassen, dass die Schulen besser auf das Thema Inklusion vorbereitet werden, damit es keine Inklusionsverlierer gibt“, sagte Hase heute (13. November) in Kiel.

Ziel der Inklusion sei es, Schüler, die wegen einer Behinderung gefördert werden, stärker in Regelschulen und weniger in Förderzentren zu beschulen. Bei dieser Entwicklung sei Schleswig-Holstein im Bundesvergleich in der Spitzengruppe der Länder, so der Landesbeauftragte: „Die Integrationsquote betrachtet jedoch lediglich die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Behinderung in Regelschulen. Eine Aussage zu der Qualität ist damit überhaupt nicht getroffen. Auch ist nicht ersichtlich, wie viele der Schulen Schleswig-Holsteins bereits inklusiv umstrukturiert sind“. Hase beklagt zudem, dass die Umsteuerung ohne ausreichende inhaltliche Konzepte und fachliche Vorbereitung sowie zu geringen finanziellen Mitteln durchgeführt werde.

Für Einzelne könne dies negative Folgen haben: In der Dienststelle des Landesbeauftragten würden Fälle geschildert, in denen es erhebliche Probleme mit der Finanzierung von Schulwegbegleitung oder schulischer Assistenz (Unterstützung im Unterricht) gebe. „Teilweise können Schüler über Wochen nicht beschult werden. Hier fehlt eine klare Vereinbarung über die Finanzierung beider Unterstützungsformen“, bemängelt Hase.

Schüler mit Behinderung, die in der Regelschule wenige Stunden in der Woche von einem Sonderpädagogen begleitet werden, bekämen zudem in schwierigen Situationen im Schulalltag oder gar in Pausensituationen nicht die notwendige Unterstützung. „Der Sonderpädagoge wird für eine oder mehrere Schüler eingesetzt. Eine behutsame Aufklärung

und kontinuierliche Begleitung der Schulklasse ist aber nicht geklärt“, so der Landesbeauftragte.

„In der Umsetzung fehlt die fachliche Vorbereitung der Lehrerschaft und die Aufklärung sowie Einigung über Ziele und Wege der Inklusion“. Hase appelliert daher, zunächst eine Einigung über Konzepte mit Schülern, Eltern und Lehrern zu erreichen. „Es müssen Anreizsysteme für die Schulen zur Umsetzung von Inklusion geschaffen werden. Weiterhin muss eine Förderung konkreter inklusiver Modelle stattfinden“, so Hase abschließend.